

Vietnam soll Armut bekämpfen

Vietnams Wirtschaftswachstum alleine reicht nicht dazu aus, um das Problem der Armut in den Griff zu bekommen. Das geht aus einem Bericht hervor, den das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) am 9. November veröffentlichte. Eine der Hauptursachen dafür sei die mangelnde Verständigung der vietnamesischen Regierung mit den von der Armut am stärksten betroffenen Gruppen. "Vietnam fehlt ein gutes Feedback-System", stellt Roy Morey, Repräsentant des UNDP in Hanoi, fest, "und zwar sowohl innerhalb der Regierung als auch zwischen der Regierung und dem Volk". Joachim Theis von "Save the Children", einer britischen Organisation, fügt hinzu: "Ohne Gespräche über die geplanten Vergünstigungen wirft die Regierung das Geld nur zum

Fenster hinaus". Die Reaktionen aus Hanoi sind indessen gespalten: einerseits ist es klar, daß zur Bekämpfung der Armut neue Strategien gefunden werden müssen, andererseits läßt sich die politische Führung nicht gerne für die Schwierigkeiten verantwortlich machen. Bradley Babson, Leiterin der Vertretung der Mission der Weltbank in Hanoi, stellt fest, daß "die Armut im vergangenen Jahr zu einer zentralen Frage in der Planung der Regierung geworden ist". Einer Studie der Weltbank vom März vergangenen Jahres zufolge leben 51 % der Vietnamesen unterhalb der Armutsgrenze, davon 90 % in den ländlichen Regionen Vietnams. Trotz der alarmierenden Armut in Vietnam kommt die UNDP-Studie zu dem Ergebnis, daß sich die Armutsquote von 70 % in den achtziger

Jahren deutlich verringert habe und heute, am Entwicklungsstand des Landes gemessen, vergleichsweise gut sei. Kritisiert wird in der Studie allerdings, daß der Löwenanteil der Investitionen nach Ho-Chi-Minh-Stadt bzw. Hanoi fließt, also in die traditionell wohlhabenderen Regionen. "Angesichts der Tatsache, daß 80 % der Bevölkerung und 90 % der Armen in den ländlichen Regionen leben, wäre eine bessere Verteilung der Hilfen im Verhältnis zur Verteilung der Armut wünschenswert", heißt es in dem Bericht. Schließlich kommt die Studie zu dem Ergebnis, daß die Armut effektiver als bisher durch Maßnahmen, die die vernachlässigte Landbevölkerung direkt unterstützen, abgebaut werden könne. Die bisherige Strategie, in erster Linie nur wenige Großprojekte zu fördern, habe sich nicht bewährt. *Vgl. FEER, 16.11.95*

Flüchtlingsfrage gelöst?

Die letzten Boat-People sollen bis Ende 1996 ihre Lager in Thailand verlassen. Darauf einigten sich bei einer Konferenz in Bangkok Vertreter aus Thailand, Vietnam und dem Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) am 26. Dezember vergangenen Jahres. Damit ist Thailand das letzte Mitglied der südostasiatischen Staatengruppe ASEAN, das ein solches Abkommen mit Vietnam getroffen hat. Vietnam war erst im Juli als siebtes Mitglied in den Staatenverbund aufgenommen worden. Saroj Chavanviraj, Vertreter des thailändischen Außenministeriums, würdigte die Bedeutung der Vereinbarung: "Es stellt eine neue Ära verstärkter Kooperation innerhalb der Region auf der Basis gemeinsamer Interessen und wachsenden Bewußtseins als Teil eines gemeinsamen Südostasiens

dar." Das Abkommen (Memorandum of Understanding, MOU) richtet sich nach den Prinzipien des Orderly Repatriation Programme (ORP), das als Alternative zum Comprehensive Plan of Action (CPA) dient, der 1989 entwickelt wurde, um das Flüchtlingsproblem politisch in den Griff zu bekommen. Das jüngst getroffene Memorandum wurde notwendig, da der CPA bis zum 31.12.95 befristet war und die Flüchtlinge nur bis zu diesem Zeitpunkt von internationalen Organisationen unterstützt werden sollten. Da jedoch abzusehen war, daß über dieses Datum hinaus noch immer Flüchtlinge in den Lagern bleiben würden, wurde im vergangenen März der ORP in Genf ins Leben gerufen. Der vietnamesische Botschafter in Thailand, Le Cong Phung, betonte noch einmal die Bereitschaft Vietnams, die Flüchtlinge wieder aufzunehmen. Freiwillige Heimkehrer hätten keinerlei Repressalien von den

vietnamesischen Behörden zu befürchten. Zur Frage, was mit denjenigen Flüchtlingen geschehe, die sich weigern, die Lager freiwillig zu verlassen, sagte er: "Das ist ein schwieriges Problem, das mit politischen und humanitären Implikationen verbunden ist. Das wichtigste Prinzip ist die freiwillige Repatriierung. Wir können die Leute nicht zwingen, die nicht zurückkehren wollen." In der Tat leben immer noch etwa 40.000 Flüchtlinge in Lagern südostasiatischer Staaten. Denjenigen, die nicht vom UNHCR als politische Flüchtlinge anerkannt werden und damit keine sichere Aufnahme in einem Drittland finden, soll die freiwillige Rückkehr durch finanzielle Hilfen schmackhaft gemacht werden. Sie sollen in verschiedenen Provinzen Vietnams unter Aufsicht des UNHCR wiederangesiedelt werden. *Vgl. BP 5.1.; 12.1.; FEER 11.1.95; VNI 12/95*

Hanoi bekämpft "soziale Übel"

Der vietnamesische Ministerpräsident Vo Van Kiet hat 1996 zum Jahr des Kampfes gegen "neue soziale Übel" erklärt. Geplant sind staatliche Aktionen gegen Schmuggel, Prostitution und Drogensucht. Kiet stellte einen "Aktionsplan

gegen Drogen" im Umfang von 30,4 Mio. US\$ vor. Mit dem Geld sollen u.a. Aufklärungsmaßnahmen durchgeführt, Zentren zur Behandlung Drogenkranker eingerichtet und die internationale Zusammenarbeit in der Drogenfahndung gefördert werden. Im "Kampf gegen soziale Übel" soll jedoch auch die Kulturbehörde aktiv

werden. Diese stellt bereits seit Dezember keine Lizenzen für Karaoke-Bars mehr aus. Gegenwärtig werden in der Hauptstadt Vietnams etwa 400 solcher Einrichtungen betrieben. Geplant ist auch die Veröffentlichung von "Weißen Listen", in denen erlaubte Lieder und Videokassetten verzeichnet werden sollen. *vgl. VNI 12/95*

Kurzmeldungen

Hanoi hat sämtliche **Exporte von Holz- und Holzrohprodukten untersagt**. Auch Kunstgegenstände aus Holz dürfen nur noch beschränkt ausgeführt werden. Damit reagierte die vietnamesische Regierung auf Unregelmäßigkeiten in der Exportindustrie sowie auf die zunehmende Abholzung der Wälder. *(VNI 12/95)*

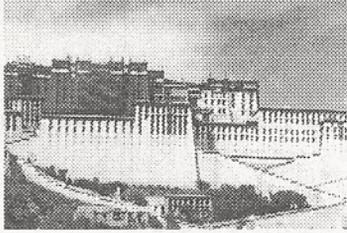
Im vergangenen Jahr besuchten **264.890 im Ausland lebende Vietnamesen ihr Heimatland**. Der mit ca. 73 % weitaus größte Teil von ihnen kommt aus den USA. Die übrigen leben vor allem in Australien, Frankreich, Deutschland, Japan und Großbritannien. *(VNI 12/95)*

In Hanoi sollen die gefährlichsten **fünfunddreißig Verkehrsknotenpunkte entschärft** werden. Die dafür erforderlichen Ampelanlagen sind kürzlich im Rahmen eines französisch-vietnamesischen Abkommens eingetroffen. *(VNI 12/95)*

Ein **Artenschutzabkommen** soll das Überleben gefährdeter Tierarten im Grenzgebiet von **Vietnam und Laos** sicherstellen. Darauf einigten sich Regierungsvertreter aus Vietnam, Laos, Kambodscha und Thailand. In dem betreffenden, stark bewaldeten Gebiet hatten Biologen in den vergangenen Jahren zwei bis dahin unbekanntes Säugtierarten entdeckt. *(VNI 12/95)*

Der kubanische Regierungschef **Fidel Castro** ist am 8. Dezember zu einem **Staatsbesuch** in Vietnam eingetroffen. Castro wurde bei seiner Visite von nahezu allen ranghohen Regierungs- und Parteimitgliedern empfangen. Beide Länder vereinbarten eine verstärkte Zusammenarbeit. Castro bezeichnete Vietnam als ein Land, das Kuba "mit Bewunderung" beobachte. *(FEER, 21.12.95)*

- Anzeige -



Vielfalt der Kulturen bewahren.

Tibet, eine der alten Hochkulturen der Erde, droht für immer zu verschwinden. Dem Einmarsch der chinesischen Volksbefreiungsarmee im Jahr 1950 fielen in den folgenden drei Jahrzehnten 1,2 Mio Menschen sowie nahezu alle Tempel und Klöster zum Opfer. Heute wird die Besatzungspolitik mit subtileren Methoden fortgesetzt. Millionen chinesischer Siedler machen die Tibeter zur Minderheit im eigenen Land; die Bodenschätze werden rücksichtslos ausgebeutet; große Flächen in ein waffenstarrtes Militärarsenal verwandelt.

Dieser Politik muß Einhalt geboten werden!

Die TIBET INITIATIVE DEUTSCHLAND e.V. ist Teil einer weltweiten Bewegung, die sich für den Erhalt der tibetischen Kultur einsetzt. Helfen Sie uns, Tibet zu helfen.

Spendenkonto: Nr. 600 660

Sparda Bank Köln
BLZ 370 605 90

Weitere Informationen erhalten Sie bei:



TIBET INITIATIVE
DEUTSCHLAND e.V.

Bullmannau 11 · 45327 Essen
(Bitte 5.- DM in Briefmarken beilegen)

Regimekritiker zu Haftstrafen verurteilt

Am 8. November hat ein Gericht in Hanoi Do Trung Hieu und Hoang Minh Chinh zu Haftstrafen von 15 bzw. 12 Monaten verurteilt. Vorgeworfen wird den beiden, "die Rechte der Freiheit und der Demokratie zur Beschädigung der nationalen Sicherheit mißbraucht" zu haben. Beobachter gehen dagegen davon aus, daß es sich bei dem ein-tägigen Prozeß unter Ausschluß der Öffentlichkeit um eine Warnung an die Adresse der Regimekritiker angesichts des für Juni geplanten Parteitags handelt. Dafür sprechen nach Ansicht der Beobachter die vergleichsweise geringen Haftstrafen. Es wird vermutet, daß es lediglich darum ge-

gangen sei, die beiden in der Vergangenheit hochdekorierten Kader bis zum Ende des Parteitags von der Öffentlichkeit fernzuhalten und potentielle Kritiker in den Reihen der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) einzuschüchtern. Hieu und Chinh waren für mehr Pluralismus in der KPV eingetreten und hatten sich öffentlich für die Rehabilitation von Veteranen der KPV eingesetzt, die in den sechziger Jahren im Zuge der Säuberungsaktionen innerhalb der Partei aus der KPV ausgeschlossen worden waren. Der Verurteilung Hieus und Chihns folgten Anfang Dezember weitere Verhaftungen von Dissidenten, die das Ein-

parteiensystem ablehnen und für politischen Pluralismus eintreten. So wurde Le Hong Ha, früherer Mitarbeiter des Innen- und Arbeitsministeriums, am 6. Dezember verhaftet, nachdem er bereits im Juni aus der Partei ausgeschlossen worden war. Auch Nguyen Xuan Tu verärgerte die Parteiführung. Der Biologe hatte in einem Aufsatz die These vertreten, daß der Marxismus-Leninismus in der Vergangenheit zwar sinnvoll zur Wiedererlangung bzw. Wahrung der vietnamesischen Unabhängigkeit gewesen sei, nunmehr jedoch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bremse und somit ausgedient habe.

Vgl. FEER 23.11.; 21.12. 95

Nationalversammlung auf dem Vormarsch

Die vietnamesische Nationalversammlung etabliert sich zunehmend neben der Kommunistischen Partei (KPV) und der Regierung als neues Machtzentrum des Landes. Bisher wurde Vietnam in erster Linie durch Dekrete der KPV regiert; in den vergangenen Jahren arbeitete die Nationalversammlung jedoch an einem neuen Gesetzssystem, das die Verwaltung des Landes weitgehend ohne die alleinige Kontrolle durch die KPV ermöglicht. Damit soll ein solider Rahmen für die wirtschaftliche Liberalisierung erreicht werden. Ngo Ba Tanh, ehemaliger Vorsitzender der Gesetzeskommission der Na-

tionalversammlung, sieht die Herausforderung Vietnams darin, "Modernisierung und Industrialisierung unter einer Rechtsordnung" zu sichern. Dementsprechend wurde ein neuer Zivilcode verabschiedet, der 834 Artikel erfaßt, die nahezu jeden Bereich des Lebens in Vietnam regeln helfen sollen. Nach Einschätzung europäischer Experten ist der neue Kodex dazu geeignet, "eine komplexe Rechtsstruktur zu begründen, die die Beziehungen zwischen den Bürgern und der Regierung regeln". Ba betont einen weiteren Vorteil des neuen Gesetzeswerks: Es betrachtet das Volk als eine Menge von Individuen und nicht mehr als Kollektiv.

Vgl. FEER 16.11.95

McNamara zu Gast in Vietnam

Der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister, Robert McNamara, ist Anfang November zu einem Besuch in Vietnam eingetroffen. Dabei ist er mit seinem früheren Gegenspieler Vo Nguyen Giap zusammengetroffen. Dieser sagte, der sogenannte zweite Vorfall im Golf von Tonkin vom 4. August 1964 habe nie stattgefunden. Der Vorfall diene den USA dazu, den Krieg gegen Vietnam eskalieren zu lassen. Beide Seiten vereinbarten, in diesem Jahr Gespräche zu führen, um "versäumte Gelegenheiten" für den Frieden in den frühen sechziger Jahren zu erörtern.

Vgl. FEER 23.11.95

Vietnam Airlines vergrößert Flotte

Die vietnamesische Fluggesellschaft Vietnam Airlines will ihre Flotte von gegenwärtig 27 Flugzeugen vergrößern. Dazu sollen Maschinen vom Typ Airbus 320 geleast werden. Der Ausbau der Flotte ist erforderlich, weil sich die Zahl der Passagiere seit 1991 vervierfacht hat. Bis zum Jahr 2000 sollen jährlich 5,36 Mio. Fluggäste befördert werden. Aufgrund des schlechten Straßen- und Schienennetzes erwartet die Fluggesellschaft, daß sich die Zahl der Beförderungen in den kommenden fünf Jahren verdreifacht.

Vgl. AW 22.-25. 12. 95

Fußballfans randalierten

Nach dem klaren 4:0 Sieg der thailändischen Nationalmannschaft über das Team aus Hanoi bei den Südostasien-Spielen in Chiang Mai (Thailand) randalierten mehr als 50.000 Fußballfans in den Straßen von Ho-Chi-Minh-Stadt. Die Hooligans lieferten sich regelrechte Straßenschlachten mit der Polizei. Dabei wurden mindestens sieben Menschen getötet, mehr als achtundsiebzig Randalierer wurden verhaftet. Die vietnamesische Nationalelf wird von einem deutschen Trainer betreut.

Vgl. VNI 12/95

Taiwan größter Geldgeber

Taiwan war im vergangenen Jahr der größte Investor in Vietnam. Mit einem Kapital von 3.317.777 US\$ wurden 237 Projekte gefördert. Nach Taiwan waren Hongkong, Japan, Singapur, Südkorea sowie die USA die wichtigsten Geldgeber. Deutschland, das mit 117.615 US\$ insgesamt zwölf Projekte förderte, befindet sich auf Platz zwanzig. Schwerpunkt der Investitionen war Ho-Chi-Minh-Stadt vor der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi und der Provinz Dong Nai.

Vgl. VNI 12/95